Ostbeauftragte Gleicke: Heimkinderfonds Ost finanziell abgesichert - Betroffene sollen bis 30. September Ansprüche anmelden

Ostbeauftragte Gleicke: Heimkinderfonds Ost finanziell abgesichert - Betroffene sollen bis 30. September Ansprüche anmelden

Zum heutigen Kabinettsbeschluss zum Heimkinderfonds Ost erklärt Iris Gleicke, Ostbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie: "Mit dem heutigen Kabinettsbeschluss steht der Heimkinderfonds Ost auf finanziell sicheren Beinen. Die Leistungen werden wie bisher gewährt, ohne irgendwelche Einschränkungen bei den Kriterien."
Bürgerinnen und Bürger, denen während des Aufenthaltes in einem DDR-Kinderheim Unrecht widerfahren ist und die deshalb Anspruch auf Leistungen aus dem Heimkinderfonds Ost anmelden möchten, müssen sich bis zum 30. September 2014 bei den zuständigen Anlauf- und Beratungsstellen melden.
Iris Gleicke betont: "Das geht unbürokratisch und schnell: Sie müssen nicht extra zu den Behörden gehen und auch keinen komplizierten Antrag ausfüllen. Ein formloses Schreiben genügt, um die Frist einzuhalten."
Die in jedem Bundesland zuständigen Anlauf- und Beratungsstellen finden Sie hier.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: http://www.bmwi.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=569952" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet.Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen.Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: BundeskartellamtBundesamt für Wirtschaft und AusfuhrkontrolleBundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und EisenbahnenBundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe